

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:20 Uhr

1. Verpflichtung von Sachkundigen Bürgerinnen und Bürger

Vorsitzender Dudas verpflichtet Frau Falk und Herrn Petrosch, die ihm die Verpflichtungsformel nachsprechen und anschließend die Niederschrift über die Verpflichtung unterzeichnen.

2. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

3. Anregung gem. § 24 GO: Vorschlag zur Gründung eines kommunalen Bündnisses für Kryorecycling

Da der Antragsteller Herr Staratschek nicht anwesend ist, erläutert Herr Klose kurz die Verfahrenstechnik, einer Kältetechnik zur Aufbereitung von Elektrogeräten, insbesondere Leiterplatten, Kunststoffen und Altreifen. Er weist darauf hin, dass derzeit kaum Informationen zum Verfahren, zur Umweltverträglichkeit der Technik und zu den Marktchancen vorlägen. Daher schlage die Verwaltung vor, die Anregung an den Städtetag mit den entsprechenden Fachreferaten, unter anderem für Umweltschutz und Abfallentsorgung, weiterzuleiten. Denn die Beurteilung von Verfahren auf ihre Umweltrelevanz hin, erfolge in der Regel durch die Fachbehörden. Weitere Informationen aus der Forschung für die Praxis seien im Rahmen der Fachmesse für Wasser-Abwasser-Abfall-Recycling im Mai 2008 in München zu erwarten. Zudem liege der Einsatz derartiger Aufbereitungstechniken zunächst nicht in kommunaler Zuständigkeit, sondern sei hauptsächlich bei der Industrie anzusiedeln.

Vorsitzender Dudas stellt den Vorschlag der Verwaltung, die Anregung zur Einschätzung und Beurteilung an den Städtetag weiterzuleiten, zur Abstimmung.

Dem Vorschlag der Verwaltung wird mit 13 Ja-Stimmen einstimmig gefolgt.

4. Anregung gem. § 24 GO: Weihnachtsbeihilfe für Bedürftige Vorlage: 221/2007

Vorsitzender Dudas erteilt Herrn Skowasch-Wiers das Wort und dieser erläutert die Anregung und geht auf weitere Einzelheiten ein. Im Verlauf der sich anschließenden kurzen Aussprache weist Ratsherr Metzger darauf hin, dass die Anpassung der Regelsätze Bundesan gelegenheit sei und die Kommunen hier keine Einflussmöglichkeiten besäßen. Außerdem sei es sinnvoller, an anderer Stelle zur Förderung der Kinder tätig zu werden, daher seien im Haushaltsplan 2008 für die soziale Staffelung an Ganztagschulen 100.000 Euro vorgese-

hen. Ratsherr Wakup verweist darauf, dass zusätzliche freiwillige Leistungen derzeit einfach nicht vertretbar seien.

Herr Walker informiert, dass eine Kommune im Nothaushaltsrecht ohnehin keine zusätzlichen derartigen Ausgaben veranlassen könne. Nach Angaben des Sozialamtes beliefe sich bei 3.700 Haushaltsvorständen zuzüglich 3.400 Haushaltsangehörigen die jährliche Beihilfe auf ca. 500.000 Euro.

Nach Abschluss der Diskussion zeigt Vorsitzender Dudas sich enttäuscht, dass diese Thematik parteipolitisch derart missbraucht werde und stellt den Antrag zur Abstimmung und der Ausschuss fasst einstimmig nachfolgenden

Beschluss:

Der Anregung gem. § 24 GO von „Die Linke – Kreisverband Märkischer Kreis“ wird nicht gefolgt.

Die Antragstellerin ist entsprechend zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

Keine.

5.2. Beantwortung von Anfragen

Keine.

5.3. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

6. Berichte der Verwaltung

Keine.

Dudas
Vorsitzender

Ehrt
Schriftführerin